






**Rheinland-Pfalz**

STAATSKANZLEI

## AUSSCHUSS DER REGIONEN

---

**Die Bevollmächtigte  
des Landes beim Bund  
und für Europa, für Medien und Digitales  
informiert**



**Ergebnisse der 129. Plenartagung  
des Ausschusses der Regionen**

**vom 16.5.2018 bis 17.5.2018  
in Brüssel**

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

**Herausgeberin:** Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz  
Tel. 06131/16-0  
E-Mail: [Poststelle@stk.rlp.de](mailto:Poststelle@stk.rlp.de)

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund  
und bei der Europäischen Union,  
In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,  
Tel. 030/7 26 29-1000,  
E-Mail: [Poststelle-EU@lv.rlp.de](mailto:Poststelle-EU@lv.rlp.de)

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel,  
60, Avenue de Tervuren,  
B-1040 Brüssel,  
Tel. 0032-2-736.97.29,  
E-Mail: [vertretungbruessel@lv.rlp.de](mailto:vertretungbruessel@lv.rlp.de)

## Plenum

Günther Oettinger, für Haushalt und Personal zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, hat dem Ausschuss der Regionen (AdR) in seiner Plenarsitzung am 16. Mai 2018 die am 2. Mai 2018 veröffentlichten Vorschläge für den langfristigen EU-Haushalt für 2021-2027 vorgestellt und die potenziellen Auswirkungen auf die Städte und Regionen erörtert. Die Vorschläge umfassen auch Kürzungen in der EU-Kohäsionspolitik, was sich auf die künftige EU-Finanzierung der Städte und Regionen auswirken werde, so die Meinung des Ausschusses.

Einige Vertreter des Ausschusses hatten im Bereich der Kohäsionspolitik mit höheren Kürzungen als den nun angekündigten 7 Prozent gerechnet. Günther Oettinger verteidigte die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik für die Regionen. Bei der Entwicklung des Entwurfs sei es vor allem darum gegangen, die Brexitlücke auszubalancieren, ohne einzelne Sektoren zu sehr zu vernachlässigen. Ein Auspielen von Migration gegen Kohäsion oder von Verteidigung gegen Landwirtschaft müsse vermieden werden.

Große Unsicherheit herrscht bei der Zuteilung der Fonds. Die unterschiedlich schnelle wirtschaftliche Entwicklung in vielen Regionen erfordere eine Anpassung der Förderkategorien. Der AdR befürchtet, dass vor allem mittelstarke Übergangsregionen wie auch in Deutschland Einbußen erleiden könnten. Ausgleichen soll das ein Deckelungsprinzip. Keine Region solle mehr als 30 Prozent ihrer bisherigen Förderung verlieren oder dazugewinnen. Grundlage für die Vergabe von Geldern soll ab 2021 auch nicht nur das BIP-pro-Kopf einer Region sein. Neue Indikatoren, zum Beispiel Jugendarbeitslosigkeit, Migration oder Klimabedrohungen sind dazu im Gespräch. Auf Ablehnung stieß eine Nationalisierung der Kohäsionspolitik. Die Entscheidung über die Verwendung der Gelder müsse weiter in der Hand der Regionen bleiben und dürfe nicht auf die nationale Ebene verlagert werden.

### **TOP 4. Halbzeitüberprüfung der EU-Forststrategie, Initiativstellungnahme, COR-2017-05782-00-01-PAC-TRA – NAT-VI/027, Berichterstatter: Ossi Martikainen (FI/ALDE)**

Der Forstsektor generiert 7 Prozent des Wirtschaftswachstums in Europa und beschäftigt 3,5 Mio. Menschen. Viele dieser Arbeitsplätze sind für ländliche und dünn besiedelte Gebiete von größter Bedeutung. Dem Berichterstatter zufolge muss die Forstpolitik der EU ökologisch und sozial nachhaltig sein. Da der kommunale Waldbesitz die dritthäufigste Eigentumsform für Wald in Europa ist, sollten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Aktualisierung der EU-Forststrategie konsultiert werden. Darüber hinaus fordert der Berichterstatter eine Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie und eine klarere, mehrdimensionale Rolle der Wälder in der Klimapolitik. In diesem Zusammenhang wird die SPE in weiteren Änderungsanträgen auf der Plenartagung auf einer Waldbewirtschaftung gemäß den auf gesamteuropäischer Ebene vereinbarten und im Rahmen von „Forest Europe“



entwickelten Prinzipien für nachhaltige Waldbewirtschaftung bestehen und sich insbesondere für den Grundsatz der „Kaskadennutzung“ aussprechen.

**TOP 6. Der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) nach 2020: Investitionen in die Menschen an Europas Küsten, Initiativstellungnahme, COR-2017-05781-00-01-PAC-TRA – NAT-VI/028, Berichterstatter: Alberto Núñez Feijóo (ES/EVP)**

Der Europäische Ausschuss der Regionen begrüßt die Debatte um den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und betont die sozioökonomische Bedeutung dieses Sektors.

Der Berichterstatter stellt die wichtigsten den EMFF in der Zeit nach 2020 bestimmenden Tendenzen heraus und berücksichtigt dabei die Interessen der Menschen und Küstenregionen und versucht, Lösungen für die Fortführung von Projekten und neue Projekte im Rahmen eines Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) zu finden. Zwei wichtige Ereignisse werden den Inhalt des EMFF in der Zeit nach 2020 entscheidend prägen: das Inkrafttreten des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU und das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU.

**TOP 7. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung), COR-2018-00924-00-01-PAC-TRA – ENVE-VI/028, COM(2017) 753 final – 2017/0332 (COD), SWD(2017) 448 final, SWD(2017) 449 final, SWD(2017) 451 final, Berichterstatter: Mark Weinmeister (DE/EVP)**

Ausführungen von **Michel Dantin** (FR/EVP), Mitglied des Europäischen Parlaments, Berichterstatter zum Vorschlag für die Richtlinie

Am 1. Februar 2018 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine aktualisierte Trinkwasserrichtlinie vor, um die Trinkwasserqualität und den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Trinkwasser und entsprechenden Informationen zu verbessern. Der Vorschlag, die Trinkwasserrichtlinie (98/83/EG) zu modernisieren, ist ein Ergebnis der REFIT-Evaluierung und dient der Umsetzung der Reaktion der Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ sowie als Beitrag zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele. Mit dem Vorschlag sollen die geltenden Sicherheitsnormen gemäß den neuesten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aktualisiert und die Wasserbehörden in die Lage versetzt werden, den von der Verschmutzung ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung und -qualität besser zu begegnen. Der Vorschlag zielt darauf ab, den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Informationen über die Effizienz und die Wirksamkeit der Wasserversorgung zur Verfügung zu stellen. In Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative Right2Water enthält der Vorschlag auch die



Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, den Zugang aller zu sauberem Trinkwasser zu verbessern und insbesondere den Zugang schutzbedürftiger und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

**TOP 8. Überprüfung des Katastrophenschutzverfahrens der Union, COR-00617-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/029, COM(2017) 773 final – 2017/0309 (COD), COM(2017) 772 final, Berichterstatter: Adam Banaszak (PL/EKR)**

Der AdR stimmt einer Reformbedürftigkeit des Katastrophenschutzverfahrens der EU zu, während der Schwerpunkt jedoch weiterhin in der Erreichung einer Katastrophenresilienz liegen müsse. Daher müssen sich auf Ebene der Europäischen Union der Grundsatz der Katastrophenresilienz und der Ansatz eines „besseren Wiederaufbaus“ vermehrt auf der tagespolitischen Agenda wiederfinden. Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, eine Senkung des Katastrophenrisikos sowie den Aufbau eines widerstandsfähigen Europas zu erreichen. Die Mitgliedstaaten müssen angemessene Präventivmaßnahmen ergreifen, sodass ihre nationalen Kapazitäten auf einem ausreichenden Stand gehalten werden.

Ausführungen von **Elisabetta Gardini** (IT/EVP), Mitglied des Europäischen Parlaments, Berichterstatterin zum Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments

**TOP 9. Stärkung der Innovation in Europas Regionen: Strategien für ein krisenfestes, inklusives und nachhaltiges Wachstum, Initiativstellungnahme, COR-2017-04757-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/032, COM(2017) 376 final, SWD(2017) 264 final, Berichterstatter: Mikel Irujo Amézaga (ES/EA)**

Ausführungen von **Lambert van Nistelrooij** (NL/EVP), Mitglied des Ausschusses für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments

Der Berichterstatter hebt hervor, dass Strategien für eine intelligente Spezialisierung (S3) als Katalysatoren der Innovations- und Wachstumspolitik wirken und wichtig für eine erfolgreiche Kohäsionspolitik sind. Er fordert eine starke und effiziente Governance auf regionaler Ebene und unterstreicht, dass die S3 über die Strategien der einzelnen Regionen hinausgehen. Er ist daher der Auffassung, dass die künftige S3 2.0 auf der interregionalen strategischen Zusammenarbeit aufbauen sollte und dass die Schaffung interregionaler Investitionsmöglichkeiten zu mehr Innovation auf regionaler und lokaler Ebene führen wird. Er fordert außerdem die Vereinfachung der Mittelverwaltung und empfiehlt, dass die EU im nächsten Finanzierungszeitraum eine neue Phase der S3 2.0 einleitet, gestützt auf die Entwicklung eines Prozesses zur Entdeckung des regionalen Potenzials. Der Berichterstatter unterstreicht, dass Synergien zwischen den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und anderen Instrumenten, wie dem künftigen neunten Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung, sowie mit nationalen und regionalen Förderungen



geschaffen werden müssen. Zu diesem Zweck schlägt er vor, dass das neunte Rahmenprogramm den Prozess zur Entdeckung des regionalen Potenzials miteinbeziehen sollte, und fordert, die bestehenden Hindernisse für die Nutzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds für die interregionale und transnationale Zusammenarbeit zu beseitigen.

**TOP 10. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, COR-2017-05833-00-02-PAC-TRA – ENVE-VI/026, COM(2017) 660 final – 2017/0294 (COD), SWD(2017) 368 final, Berichterstatter: Mauro D'Attis (IT/EVP)**

In seiner Rede zur Lage der Europäischen Union 2017 hat sich Kommissionspräsident Juncker verpflichtet, die solidarische Dimension der Europäischen Union zu verbessern, weshalb die Kommission im November 2017 gemeinsame Regeln für in den europäischen Erdgasbinnenmarkt eintretende Gasfernleitungen vorschlug, um die Erdgasrichtlinie (2009/73/EG) zu vervollständigen und zugleich ihre Anwendung auf alle in Drittländer hinein- bzw. aus Drittländern herausführende Gasleitungen bis zur Grenze des EU-Gebiets auszuweiten. Die Frage der Fernleitungsverbindungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern (insbesondere Russland als einem der wichtigsten Exporteure) ist nicht zuletzt aufgrund der Diskussion über das Pipelinevorhaben Nord Stream 2 zur Verbindung von Russland und Deutschland über die Ostsee umstritten.

In der vom italienischen EVP-Mitglied Mauro D'Attis erarbeiteten Stellungnahme wird eine Reihe legislativer Änderungen vorgeschlagen, mit denen der Ansatz der Kommission im Allgemeinen unterstützt, aber auch versucht wird, den Mitgliedstaaten mehr „Flexibilität“ beim Abschluss neuer oder bei der Erfüllung bestehender Verträge mit Drittstaaten zu geben. Insgesamt war nicht ganz klar, warum sich der AdR an dieser Debatte beteiligen sollte, die in erster Linie die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten betrifft.

**TOP 11. Ausführungen von: Tibor Navracsics, für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, COR-2017-01081-02-00-PSP-TRA, Luca Jahier, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Petra Kammerevert (DE/S&D), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments**



**TOP 12. Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur, Initiativstellungnahme, COR-2017-06048-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/033, COM(2017) 673 final, COM(2018) 23 final, Berichterstatterin: Tanya Hristova (BG/EVP)**

Der Europäische Ausschuss der Regionen begrüßt im Großen und Ganzen die Vorschläge der Europäischen Kommission. Er hebt ebenfalls die Bedeutung von Kultur und Bildung hervor, die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben und somit als Schlüsselinstrument zur Verwirklichung sozialer Inklusion dienen. Bei der Entwicklung der Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur ist auf die Europäische Agenda hinzuweisen, die in Zusammenhang damit zu sehen ist.

Im Rahmen des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018 wird gefordert, dass dieses in strategische Initiativen im kulturellen und nachhaltigen Tourismusbereich eingebunden wird. Die Digitalisierung der Bildung in Europa als EU-Projekt hat viel Potenzial, bringt allerdings auch verschiedene Probleme mit sich. Zum einen verfügen nicht alle Bildungseinrichtungen über digitale Ausrüstung. Außerdem ist eine ausreichende Vorbereitung des Lehrpersonals für die Veränderungen notwendig sowie eine Aufklärung und Absicherung gegenüber Bedrohungen aus der Cyberkriminalität. Weiterhin wird für eine enge Zusammenarbeit mit den Familien im Rahmen eines „ganzheitlichen Schulkonzepts“ plädiert, da sie wesentlich Kultur und Bildung ihrer Kinder beeinflussen.

**TOP 13. Das Kulturerbe als strategische Ressource für nachhaltigere Regionen mit einem größeren Zusammenhalt in der EU, Befassung durch den bulgarischen Ratsvorsitz, COR-2018-00185-00-01-PAC-TRA – SEDEC-VI/035, Hauptberichterstatterin: Babette Winter (DE/SPE)**

Die Berichterstatterin stellt fest, dass Kulturerbe ein Instrument mit großer Hebelwirkung für nachhaltigere Regionen mit einem stärkeren Zusammenhalt in der EU ist, und betont, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften die besondere Verantwortung haben, Kultur und den interkulturellen Dialog zu fördern. Sie unterstreicht die Bedeutung des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018 und betont die Notwendigkeit von Folgemaßnahmen in den kommenden Jahren. Zudem weist sie darauf hin, dass die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern zur europäischen Integration beiträgt und fordert daher eine Fortsetzung und Erweiterung des Programms Creative Europe. Frau Winter ist überzeugt, dass Kulturerbe benachteiligten Orten und Regionen Entwicklungschancen bietet, insbesondere vom demografischen Wandel und Bevölkerungsschwund betroffenen Regionen sowie Ballungsräumen mit besonderen Integrationsherausforderungen. Sie fordert die EU auf, den Austausch von Erfahrungen zu fördern, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Herausforderung bestehender Sprachbarrieren. Sie spricht sich zudem dafür aus, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) die Infrastrukturförderung des Kulturerbes fortgesetzt wird, mit besonderem Fokus



auf der soziokulturellen Bindekraft, und dass mindestens 1 % des nächsten MFR für Kultur bereitgestellt wird. Der Berichtsteratterin zufolge birgt die Digitalisierung sowohl des Kulturerbes als auch der Vermittlungsformen Zukunftspotenzial. Sie fordert deshalb alle Ebenen auf, die EUROPEANA als öffentlichen, digitalen Raum unseres Erbes umfassend zu unterstützen. Im Stellungnahmeentwurf wird der wichtige Wirtschaftsanteil der Kultur- und Kreativwirtschaft anerkannt (mehr als 3 Prozent des BIP und der Beschäftigung in der EU). Es wird festgestellt, dass neben fehlenden finanziellen Ressourcen auch mangelndes politisches Bewusstsein für die kulturellen Ressourcen ein Hemmnis für die Weiterentwicklung von Kulturerbe zur strategischen Ressource einer Region ist. Die Berichtsteratterin merkt kritisch an, dass in der Strategie Europa 2020 die Kultur keine Berücksichtigung fand, und fordert, die Unterstützung von Kulturerbe-Ressourcen für die regionale Entwicklung zu einem wichtigen Element der Kohäsionspolitik nach 2020 zu machen. Sie fordert die Europäische Kommission auf, die in der aktuellen Förderperiode bei Struktur- und Kohäsionsfonds vorgenommene Deckelung des Projektbudgets für EFRE-Investitionen für kulturelle Infrastruktur auf 5 Mio. Euro aufzuheben und die Programme nach inhaltlichen Kriterien und zu erreichenden Zielen – insbesondere dem europäischen Mehrwert – auszurichten. Sie fordert die Regionen, die in ihrem Kulturerbe eine besonders starke Ressource sehen, auf, dies in ihren Strategien für intelligente Spezialisierung (RIS3) zu berücksichtigen. Zum Abschluss regt sie noch an, dass die Mitglieder des AdR selbst einen regelmäßigen Austausch über Projekte und Erfahrungen zu ihren Kulturerbestätten initiieren.

#### **TOP 14. Entschließung zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU, COR-2018-01976-00-00-PRES-TRA**

Als Teil seiner laufenden Debatten über die Auswirkungen des Brexit auf der sub-nationalen Ebene, im Lichte jüngster Entwicklungen in den Verhandlungen zwischen der EU und dem VK, und im Vorgriff auf die Studienreise der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden am 22. und 23. Mai 2018 nach Irland haben sich die Fraktionen im AdR geeinigt, einen gemeinsamen Entschließungsentwurf zum Verfahrensstand Brexit vorzulegen.

<b>Die verabschiedeten Stellungnahmen</b>			
<b>Titel der Stellungnahme</b>	<b>Berichterstatter/ in</b>	<b>Dossier- nummer</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
<b>Halbzeitüberprüfung der EU-Forststrategie</b>	<b>Ossi Martikainen</b> (FI/ALDE)	COR-2017- 05782-00- 01-PAC- TRA – NAT- VI/027	einstimmig
<b>Der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) nach 2020: Investitionen in die Menschen an Europas Küsten</b>	<b>Alberto Núñez Feijóo</b> (ES/EVP)	COR-2017- 05781-00- 01-PAC- TRA – NAT- VI/028	einstimmig
<b>Überprüfung des Katastrophenschutzver- fahrens der Union</b>	<b>Adam Banaszak</b> (PL/EKR)	COR- 00617-00- 00-PAC- TRA – NAT- VI/029  COM(2017) 773 final – 2017/0309 (COD)  COM(2017) 772 final	mehrheitlich
<b>Stärkung der Innovation in Europas Regionen: Strategien für ein krisenfestes, inklusives und nachhaltiges Wachstum</b>	<b>Mikel Irujo Amézaga</b> (ES/EA)	COR-2017- 04757-00- 00-PAC- TRA – SEDEC- VI/032  COM(2017) 376 final  SWD(2017) 264 final	einstimmig



<p><b>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)</b></p>	<p><b>Mark Weinmeister</b> (DE/EVP)</p>	<p>COR-2018-00924-00-01-PAC-TRA – ENVE-VI/028</p> <p>COM(2017) 753 final – 2017/0332 (COD)</p> <p>SWD(2017) 448 final</p> <p>SWD(2017) 449 final</p> <p>SWD(2017) 451 final</p>	<p>mehrheitlich</p>
<p><b>Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt</b></p>	<p><b>Mauro D'Attis</b> (IT/EVP)</p>	<p>COR-2017-05833-00-02-PAC-TRA – ENVE-VI/026</p> <p>COM(2017) 660 final – 2017/0294 (COD)</p> <p>SWD(2017) 368 final</p>	<p>mehrheitlich</p>
<p><b>Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur</b></p>	<p><b>Tanya Hristova</b> (BG/EVP)</p>	<p>COR-2017-06048-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/033</p> <p>COM(2017) 673 final</p> <p>COM(2018) 23 final</p>	<p>einstimmig</p>

<p><b>Das Kulturerbe als strategische Ressource für nachhaltigere Regionen mit einem größeren Zusammenhalt in der EU</b></p>	<p><b>Babette Winter</b> (DE/SPE)</p>	<p>COR-2018-00185-00-01-PAC-TRA – SEDEC-VI/035</p>	<p>einstimmig</p>
<p><b>Entschließung zu den Folgen des beabsichtigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU</b></p>		<p>COR-2018-01976-00-00-PRES-TRA</p>	<p>einstimmig</p>